

Verein fair-fish.net international association  
Fix: 0041 522 222 588 · Skype: billohps  
– Sitz: Zentralstrasse 156 · CH-8003 Zürich  
– Vorsitz: Via Giarette 109 · I-3474 Monfalcone  
– Deutschland: Bahnhofplatz · 876327 Pfinztal  
– Österreich: Luigi-Kasimir-Gasse 30 · 8045 Graz  
international@fair-fish.net · [www.fair-fish.net](http://www.fair-fish.net)



## Wenig Neues in der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) **Kritik der EU-Fischereireform**

Kommentare von Billo Heinzpeter Studer

- 2 16. Juli 2103 Subventionen torpedieren Fischereireform
- 4 6. Juli 2103: Irreführende EU-Deklaration der Fangmethode
- 5 6. Juli 2103 Eigenes EU-Fisch-Label?
- 6 3. Juni 2013: Nur zögerliche Schritte voran
  - Ende des Überfischens?
  - Rückwurf von Beifang?
  - Der Fisch im Weltsüden für die dortige Bevölkerung?
- 9 1. April 2013: Sehr gedämpfte Hoffnung
  - im Vergleich zu den von fair-fish geforderten Massnahmen

# Subventionen torpedieren Fischereireform

**Die Kapazität der europäischen Fangflotten ist zwei- bis dreimal so gross wie die Menge, die ohne Schaden für die Fischbestände gefangen werden darf<sup>1</sup>. Anstatt Abbau der Überkapazität droht nun ein weiterer Ausbau mit neuen Subventionen. Wird die eben erst beschlossene EU-Fischereireform zu Makulatur?**

Die bestehende Überkapazität ist eine direkte Folge der jahrelangen, milliarden-schweren Subventionen von EU und Mitgliedsländern an die Fischerei (rund 13 Milliarden Euro seit 2000<sup>2</sup>), vor allem an den Bau von noch grösseren industriellen Fangschiffen. Diese Erkenntnis stammt nicht von aussenstehenden Kritikern, sondern von der EU-Kommission selbst, publiziert nebst andern mutigen Erkenntnissen im «Grünbuch»<sup>3</sup>, mit welchem 2009 eine Reform der «Gemeinsamen Fischereipolitik» (GFP) der EU eingeläutet wurde.

Vier Jahre später steht die GFP-Reform vor ihrem Abschluss. Im Juni 2013 haben sich der Ministerrat, das Europaparlament und die EU-Kommission auf Massnahmen geeinigt, in einem Kompromiss, der weit hinter dem 2009 gesteckten Ziel zurückbleibt. Schuld daran ist das massive Lobbying der Fischerei-Industriellen bzw. das Einknicken der Landwirtschafts- und Fischereiminister gegenüber «ihren Fischern».

## Neue 6 Milliarden Subventionen?

Nun könnte selbst das Wenige, was von der GFP-Reform geblieben ist, über Bord gespült werden. Unter anderem mit dem Plan der Fischereikommission des EU-Parlaments, über 6 Milliarden Euro an neuen Subventionen in die europäische Fischerei zu stecken.

Von ihren Befürwortern wird die Milliarden-spritze begründet als Förderung von

- verbesserten Sicherheitsmassnahmen für die Fischer
- energieeffizienteren Schiffsmotoren
- jungen Fischern, welche neu in die Fischerei einsteigen,
- sowie für die Renovation alter Boote von Kleinfischern
- und für Kompensationszahlungen, wenn Fischbestände durch Fangverbote geschützt werden müssen.<sup>4</sup>

## Kritik an «Zombie-Politik»

---

<sup>1</sup> <http://www.fishsec.org/wp-content/uploads/2012/10/Fleet-overcapacity-is-driving-overfishing.pdf>

<sup>2</sup> [http://oceana.org/sites/default/files/euo/OCEANA\\_State\\_aid\\_factsheet\\_072013.pdf](http://oceana.org/sites/default/files/euo/OCEANA_State_aid_factsheet_072013.pdf)  
und, mit guten Grafiken: <http://marinesciencetoday.com/2013/07/16/eu-fisheries-subsidies-beginners-guide/comment-page-1/#comment-30745>

<sup>3</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0163:FIN:de:PDF>

<sup>4</sup> <http://marinesciencetoday.com/2013/07/16/whats-the-deal-with-eu-fisheries-subsidies>

Der britische Journalist Charles Clover, Autor des erfolgreich verfilmten Buchs «The End Of The Line», warnt davor, dass ein Teil dieser Milliarden dazu bestimmt sei, neue Fangschiffe zu bauen und bestehende zu modernisieren.<sup>5</sup> Sprich: Aufrüstung der Fangflotten – genau die Art von Fischereisubventionen, welche die EU vor ein paar Jahren endlich abgeschafft hatte. Diese «Zombie Politik» (Clover) könnte den europäischen Fangflotten in den nächsten sieben Jahren bis zu 20'000 neue Schiffe bringen.

Den Plan ausgeheckt hatten zwei Mitglieder der Parlamentskommission, die für gewöhnlich nicht am selben Tau ziehen. Dass der im Dienst der Fischindustrie stehende konservative französische Europaparlamentarier Alain Cadec das Rad zurückdrehen will, so dass die EU künftig die Modernisierung der Fangflotte wieder subventionieren würde, ist nicht erstaunlich – hingegen schon, dass sein sozialistischer Gegenspieler Guido Milena da mitspielt.<sup>6</sup> Wenn im kommenden Herbst im Parlament die konservativen und die sozialistischen Abgeordneten, die gemeinsam die Mehrheit stellen, dem Antrag der Fischereikommission folgen, kann man die eben erst mühsamst beschlossene Reform der EU-Fischereipolitik zum einem grossen Teil gleich begraben.

Dass dies nicht so kommt, versuchen Mitglieder aus allen Fraktionen des EU-Parlaments zu verhindern. Ein Aufruf von Meereswissenschaftlern ruft das Parlament auf, die Subventionierung des Überfisches zu beenden.<sup>7</sup>

### **Insgesamt zu zögerlich**

Das Problem der GFP-Reform liegt nicht in einzelnen Themen, sondern in einer insgesamt enorm zögerlichen Haltung der Verantwortlichen, die längst identifizierten zielführenden Massnahmen (z. B. Flottenabbau) endlich umzusetzen. Der Kieler Fischereibiologe hat dies unlängst treffend kritisiert: Anstatt mit einer Reduktion der Fischerei dafür zu sorgen, dass die Fischbestände sich in wenigen Jahren erholen und die Fischer dann bessere Erträge erzielen, werde «das Jammerthal in die Länge gezogen».<sup>8</sup>

Müssen wir wirklich auf die nächste Reform der GFP in zehn Jahren warten? Wir es denn dann überhaupt noch etwas zu reformieren geben, wenn die Rücksichtslosen bis dahin weiterhin leerfischen durften?

---

<sup>5</sup> <http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19850>  
und

<http://www.fish2fork.com/en-GB/news-index/2013/More-than-20000-new-boats-could-be-built-with-subsidies-report-warns.aspx>

<sup>6</sup> <http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19830>

<sup>7</sup> <http://forms.oceana.org/join-the-call-on-the-members-of-the-european-parliament-to-stop-subsidies-that-support-overfishing>

<sup>8</sup> [http://medien.wdr.de/m/1373909879/radio/politikum/wdr5\\_politikum\\_20130715.mp3](http://medien.wdr.de/m/1373909879/radio/politikum/wdr5_politikum_20130715.mp3)  
(ab Minute 05:57)

## Irreführen statt Reform

**Die Reform der EU-Fischereipolitik bringt, was fair-fish längst fordert: die Deklaration der Fangmethode. Doch die obligatorischen Bezeichnungen sind leider vollkommen irreführend – zum Nutzen der industriellen Fischerei.**

Im September 2012 beschloss das EU-Parlament (EP) in erster Lesung über die künftige Gemeinsame Marktorganisation im Rahmen der EU-Fischereireform<sup>9</sup>. Dabei wurde auch festgelegt, dass bei Fisch künftig das eingesetzte Fanggerät zu deklarieren sei, und zwar auf der Basis einer Verordnung<sup>10</sup> von 2011, welche die Fangmethoden differenziert beschreibt. Sie unterscheidet zum Beispiel klar zwischen Handleinen, Schleppleinen und Langleinen.

Bei der abschliessenden Kompromissverhandlung<sup>11</sup> über die Reform zwischen dem EP, dem EU-Ministerrat (Rat) und der EU-Kommission im Juni 2013 wurde die Liste der obligatorisch zu bezeichnenden Fangmethoden jedoch bis zur Unkenntlichkeit simplifiziert. Danach muss nur eine der sieben Oberkategorien deklariert werden: Wadennetze, Schleppnetze, Kiemennetze, umzingelnde Netze, Angeln und Leinen, Dreschen, Reusen und Fallen.

Der Sinn einer Deklaration der Fangmethode ist es, den Konsument/innen eine Information an die Hand zu geben, damit sie zum Beispiel auf Fische verzichten können, wenn sie besonders rücksichtslos gefangen wurden (Grundschleppnetz, Langleine, Dresche, usw). Die von der EU definierten Oberkategorien nützen da gar nichts, denn jede Kategorie umfasst sowohl belastende wie weniger belastende Methoden. So wird die Irreführung der Konsument/innen noch gefördert.

Eine genauere Fangbezeichnung gemäss der EU-Verordnung von 2011 bleibt absolut freiwillig. Gerade die rücksichtslosesten Fischereien werden sich gerne hinter einer nichtssagenden Oberkategorie verstecken. Mit unserer Kampagne wollen wir jene Anbieter erreichen, die nichts zu verstecken haben. Damit künftig gilt: wer nicht genau deklariert, bei dem kauf ich nicht ein!

---

<sup>9</sup> <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st13/st13616.de12.pdf>

<sup>10</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:112:0001:0153:DE:PDF>

<sup>11</sup> <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st10/st10627.de13.pdf> (Seiten 32-34 und 47-48)

## Eigenes EU-Fisch-Label?

Während die EU-Fischereireform also bei der Deklaration der Fangmethode zusätzliche Verwirrung schafft, will sie bei Labels Klarheit schaffen – und gräbt den alten bürokratischen Traum von einem EU-Label wieder aus<sup>12</sup>. Bis 2015 soll die Kommission die Durchführbarkeit eines EU-Umweltzeichens für Fischerei und Aquakultur abklären. Staatliche Labels sind allerdings fragwürdig, weil sie in einer Weise in den Markt eingreifen, die den Staat selber zum Mitbewerber macht, wo er sich aufs Regulieren beschränken sollte.

### **Angebliche Lösung für angeblichen Label-Salat**

Die Idee eines EU-Labels nährt sich aus der ewigen Forderung von Vertretern eines bequemen Konsumismus: Man will zwar nicht ganz unvernünftig einkaufen, aber bitte nicht lang studieren müssen. Ein Label für alles, und basta! Und weil der Markt das nicht selber besorgt, soll es jetzt einfach der Staat machen – am besten gleich die EU, dann ist endlich Ruh...

In einem Markt, in welchem die Konsument/innen offensichtlich in der Lage sind, zwischen verschiedenen Marken von Suppen, Joghurts et cetera zu unterscheiden und Vorlieben zu entwickeln, soll die Vielfalt an Öko-Labels eine Zumutung sein?

Die Vielfalt<sup>13</sup> ist geradezu die Stärke der Öko-Labels. Um es an einem Beispiel zu zeigen: MSC und Friend of the Sea haben das selbe Fernziel, peilen es aber auf recht verschiedenen Wegen an. Jedes der beiden Labels geht dabei Kompromisse ein. Der Wettbewerb zwischen diesen beiden Labels und die kritische Beobachtung durch aussenstehende Fachleute bewirken, dass jedes der beiden Label sich stets verbessern muss. Dank ihrer Vielfalt werden alle Öko-Labels zusammen eine höhere Leistung erbringen, als dies ein Einheits-Label je schaffen könnte. Übrigens: Vielfalt ist genau das, was wir in der Natur mit Labels schützen wollen – und das soll ausgerechnet mit einem Einheits-Label gelingen...?

### **Staatliche Mindestanforderungen an Labels: ja, gerne!**

Was die Konsument/innen wirklich brauchen, ist nicht noch ein weiteres Label, sondern Kriterien, die ein Label mindestens erfüllen muss, damit es innerhalb der EU auf einem Produkt stehen darf. Wenn derartige Kriterien streng und klar genug definiert und in der Praxis auf deren Einhaltung überwacht werden, wäre für kritische Konsument/innen viel gewonnen. Denn egal, ob nun MSC oder Friend of the Sea, ASC oder Bio auf dem Fisch steht: ich hätte die Garantie, etwas einzukaufen, bei dessen Produktion ein Minimum an Nachhaltigkeit berücksichtigt wurde.

Kriterien für Labels müsste die EU nicht einmal selber erfinden; sie könnte einfach die Richtlinien<sup>14</sup> der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) als verbindlich erklären.

---

<sup>12</sup> <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st10/st10627.de13.pdf> (Seite 33, oben)

<sup>13</sup> Label-Übersicht: <http://www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien>

<sup>14</sup> FAO Guidelines for Responsible Fisheries, <http://www.fao.org/fishery/publications/code/en>

## Die Reform der Europäischen Fischereipolitik vor dem Abschluss:

# Nur zögerliche Schritte voran

Schlafen gehen gibt's erst nach Unterschrift: Nach diesem fehlerträchtigen Muster werden heute weitestreichende internationale Vereinbarungen abgeschlossen. Die «Eini-gung» über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU wurde in den frühen Morgenstunden des 30. Mai 2013 erzielt. Genauer: Die Vertreter des Rats der Landwirtschaftsminister (Rat) der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments (EP) und der Europäischen Kommission haben einen Kompromiss in den wichtigsten Streit-punkten geschlossen.

### Aus der Sicht der Forderungen von fair-fish

Es war zu erwarten, dass der Kompromiss noch weniger bringen werde, als was fair-fish schon bisher vermisste: Dem zu hohen Fischkonsum werden keine Gegenmassnahmen entgegengesetzt. Der Wiederaufbau der überfischten Bestände wird zu zögerlich ange-gangen. Und die Fischerei in aussereuropäischen Gebieten, in welche die EU-Fischindustrie auswich, nachdem sie die Heimgewässer geplündert hatte, soll zwar etwas eingeschränkt werden, gilt aber weiterhin als unantastbare Selbstverständlichkeit.

*Mehr zur Sicht von fair-fish:*

*Siehe weiter unten, 1. April 2013, **Sehr gedämpfte Hoffnung***

### Aus der Sicht eines kritischen Fischereibiologen

Wir fragen Rainer Froese, Wissenschaftler am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanfor-schung in Kiel und Vater der globalen Fischdatenbank FishBase.org. Er meint zunächst, noch müssten ja der Ministerrat und das Parlament zustimmen und er kenne die Details noch nicht.

Als grundsätzlich positiv beurteilt Froese, dass der «richtige, international verbindliche Rahmen für Fischerei auch in Europa gelte: Es darf nicht mehr entnommen werden, als maximal nachwachsen kann. Die Bestände dürfen nicht kleiner sein als ihre produktivste Grösse (etwa die Hälfte der unbefischten Grösse). Das soll auch für die europäischen Fi-scher in Gewässern ausserhalb der EU gelten.»

Negativ ist für Froese jedoch, dass «das Rückwurfverbot durch die 5% Klausel praktisch unkontrollierbar gemacht wurde. Es gibt jede Menge Schlupflöcher, die Überfischung der am stärksten bedrohten Arten fortzusetzen (Nordsee Kabeljau, Aal, Dornhai, ...). Die Subventionen, d. h. die ökonomische Voraussetzung für Überfischung, werden nicht ver-ringert. Die Bürokratie wird durch zahllose neue Regelungen zunehmen und nicht abneh-men.»

Ferner ortet Froese einen «bedauerlichen Nebeneffekt: Die Politik soll der Wissenschaft (ICES) stärker folgen, das erhöht anscheinend den Druck auf die Wissenschaftler Das erhöht den Druck der Fischereilobby auf die ICES-Arbeitsgruppen. So wurde gerade für den östlichen Ostseedorsch der nachhaltige Fischereidruck von  $F_{msy}=0.3$  in 2012 auf  $F_{msy} = 0.46-0.55$  erhöht.

Demnach wäre der Dorsch produktiver als seine Beute, die Sprotte mit  $F_{msy} = 0.2-0.3$  und der Hering mit  $F_{msy} = 0.26-0.3$ . Das ist ökologisch nicht möglich.»

*ICES-Beschluss Dorsch:*

[www.ices.dk/sites/pub/Publication%20Reports/Advice/2013/2013/cod-2532\\_201304112231.pdf](http://www.ices.dk/sites/pub/Publication%20Reports/Advice/2013/2013/cod-2532_201304112231.pdf)

*Mehr zu  $F_{msy}$ :*

[www.fair-fish.ch/files/pdf/aktuell/info-40.pdf](http://www.fair-fish.ch/files/pdf/aktuell/info-40.pdf)

## **Ende des Überfischens?**

Der Kompromiss zur Reform der GFP besteht darin, das Überfischen von Bestände ab 2015 zu verbieten, in Ausnahmefällen ab 2020. Künftig sollen Fangquoten nur noch im Rahmen der wissenschaftlichen Empfehlungen vergeben werden, unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien. Stark überfischte Bestände sollen wieder aufgebaut werden, es wurden aber keine konkreten Ziele vereinbart.

«Das Hauptziel der Reform, ein baldiges Ende der Überfischung in den EU-Gewässern einzuleiten, wurde verfehlt», resümiert Kai Kaschinski für das deutsche Forum Umwelt und Entwicklung, welchem auch fair-fish angehört. «Die Kommission, die so ambitioniert in die Verhandlungen ging, scheint vor den Interessen der Fischereiindustrie kapituliert zu haben».

Sehr enttäuscht vom Kompromiss ist Sergi Tudela, Chef des WWF-Mittelmeer-Fischereiprogramms. «Die GFP-Reform ist gescheitert; weder stoppt sie die Überfischung noch sichert sie die Erholung der Fischbestände in einer nützlichen Zeit. Jungfische sollen für die Fischmehlproduktion verwendet werden dürfen; dies wird sich gegen dringend nötige Massnahmen auswirken, mit welchen Jungfisch-Beifang verhindert würde, wie saisonale Fangverbote und selektivere Fanggeräte. Die GFP-Reform genügt bei weitem nicht, um die fast 90% der im Mittelmeer als überfischte Bestände wieder auf ein nachhaltig sicheres Niveau zu bringen.»

*Stellungnahme Forum Umwelt und Entwicklung:*

[www.forumue.de/fileadmin/userupload/pm/PM\\_EU\\_beschliesst\\_neue\\_nachhaltigere\\_Fischereipolitik\\_und\\_haelt\\_sich\\_gleich\\_nicht\\_daran.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/pm/PM_EU_beschliesst_neue_nachhaltigere_Fischereipolitik_und_haelt_sich_gleich_nicht_daran.pdf)

*Zur Stellungnahme von Sergi Tudela, WWF:*

[www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19624](http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19624)

## **Rückwurf von Beifang?**

Es gilt die Position des Rats, als die Verwässerung des absolute Verbot des Rückwurfs unerwünschter Fänge, welches die Kommission vorgeschlagen und das EP befürwortet hatten, um einer zerstörerischen Fischerei den Riegel zu schieben. Nun werden bestimmte Fischereien auch weiterhin bis zu fünf Prozent ihrer Fänge über Bord entsorgen dürfen. «Wenn es legale Rückwürfe gibt, wer kann dann noch nachweisen, dass es sich bei registrierten Rückwürfen um solche oberhalb der erlaubten Grenze handelt? Damit werden Fischereikontrolleure regelmässig vor Gericht scheitern», kritisiert die Fachspecherin der grünen Fraktion im deutschen Bundestag, Cornelia Behm.

### **Der Fisch im Wertsüden für die dortige Bevölkerung?**

Bisher fischte die europäischen Fangindustrie im Rahmen von Fischereiabkommen zwischen Entwicklungsländern und der EU oder einzelnen EU-Mitgliedsstaaten nach dem Muster: Fisch gegen Euros. Neu sollen sich europäische Schiffe in Übersee nur noch jener Fische bemächtigen dürfen, welche nicht von den einheimischen Fischern gefangen werden.

Der erste Testfall hierfür wird das neue Fischereiabkommen mit Marokko sein, welches von der Kommission ausgehandelt wurde. « Ein Abkommen, dass viele positive Bestimmungen der Fischereireform vorwegnahm», wie Francisco Mari für das Forum Umwelt und Entwicklung feststellt. «Zum ersten Mal wird hundertprozentig den Empfehlungen der Wissenschaftler über den Zustand der Fangarten gefolgt. Tintenfisch ist für die spanischen Fangboote tabu, und die deutsch-niederländischen Fangtrawler dürfen der Küste nicht näher als 20 Meilen kommen. Beides schützt vor allem die Fangmöglichkeiten der Kleinfischer Mauretaniens.»

Doch der Fischereiausschuss des EP wies dieses Abkommen am 29. Mai zurück. «Wirtschaftsinteressen sind offenbar wichtiger sind als Armutsbekämpfung und ökologische Nachhaltigkeit», kommentiert Mari. «Gleich am Anfang der neuen Fischereipolitik belegt damit ein Teil der EU-Parlamentarier, wie wenig Interesse sie haben, die guten Ansätze der Reform auch umzusetzen. Jetzt kann das Parlamentsplenum, wie schon einmal beim Marokkoabkommen, zeigen, dass es einen anderen, konsequenteren Weg der partnerschaftlichen Fischereibeziehungen mit der Regierung und den Menschen in Mauretanien gehen will.»

*Stellungnahme Forum Umwelt und Entwicklung:*

[www.forumue.de/fileadmin/userupload/pm/PM\\_EU\\_beschliesst\\_neue\\_nachhaltigere\\_Fischereipolitik\\_und\\_haelt\\_sich\\_gleich\\_nicht\\_daran.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/pm/PM_EU_beschliesst_neue_nachhaltigere_Fischereipolitik_und_haelt_sich_gleich_nicht_daran.pdf)



## Sehr gedämpfte Hoffnung

**Im Februar 2013 haben das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat Vorbeschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gefasst, die teilweise noch weit auseinanderliegen. Der irische EU-Vorsitz will die Reform bis Ende Juni an Bord bringen. Man wird sich wohl auf einen Kompromiss einigen, der die Hoffnungen von Öko- und Entwicklungsorganisationen enttäuscht – ganz zu schweigen von den Forderungen von fair-fish an die Reform.**

Der Beschluss des Europäischen Parlament (EP) zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ist vor allem in einer Hinsicht historisch: Zum erstenmal überhaupt konnte das EP gestützt auf den Lissabonvertrag gleichberechtigt mit dem EU-Ministerrat (Rat) in den Gesetzbildungsprozess der Fischereipolitik eingreifen. Und das Parlament tat dies sichtlich unabhängiger von nationalen Fischerei- und Agrar-Lobbies als die Minister.

### Parlament überrascht mit strengen Beschlüssen

So hiess das EP am 6. Februar 2013 mit 502 gegen 137 Stimmen eine Vorlage gut, welche die deutsche Abgeordnete Ulrike Rodust (SPD) als Berichterstatterin vorgelegt hatte. Die Vorlage folgte dem Entwurf der EU-Kommission, ergänzte und präziserte ihn aber in zahlreichen Punkten.<sup>15</sup>

Das EP will eine Reform der letztmals 2002 definierten GFP, die nun endlich die Fischbestände schont statt dezimiert:

- für mehrere Jahre festgelegte Fangquoten auf wissenschaftlicher Grundlage, welche den höchstmöglichen Dauerertrag (MSY) nicht überschreiten<sup>16</sup>
- ab 2014 Verbot des Rückwurfs von unerwünschten Fischen (heute rund ein Viertel der Fänge) und Anlandung aller Fänge
- europäische Fangschiffe müssen die EU-Bestimmungen auch ausserhalb der EU einhalten
- Fischereiabkommen mit andern Ländern nur soweit es sich um Überschüsse handelt, welche das Land nicht selber ausbeutet.<sup>17</sup>

### Ministerrat hört auf industrielle Interessen

Die Agrarminister der EU-Mitgliedsstaaten (EU-Ministerrat, Rat) haben am 26. Februar erhebliche Abstriche an diesen Vorgaben vorgenommen, unter dem Druck der Fischerei-Industrie vor allem Spaniens und Frankreichs. Die Vertreter der Industrie hatten im Vorfeld immer wieder argumentiert, ein rasch greifendes und totales Rückwurfverbot sei nicht umsetzbar, da viele Schiffe zu wenig Stauraum hätten, um alle gefangenen Fische an Bord zu nehmen.<sup>18</sup> Das zeigt, dass

<sup>15</sup> [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20130201IPR05571+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20130201IPR05571+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

und [www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18962](http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18962)

<sup>16</sup> [news.sciencemag.org/scienceinsider/2013/02/european-parliament-approves-amb.html?ref=em](http://news.sciencemag.org/scienceinsider/2013/02/european-parliament-approves-amb.html?ref=em)

<sup>17</sup> [www.brot-fuer-die-welt.de/presse](http://www.brot-fuer-die-welt.de/presse), Suche: «EU-Parlamentsbeschluss zur Fischereireform»

<sup>18</sup> [www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19099](http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19099) und [www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18973](http://www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18973)

die Industrie den Sinn der Massnahme noch immer nicht begriffen hat: Es geht ja nicht darum, weiterhin viel unverkäuflichen Beifang zu machen, sondern um eine Veränderung im Fischereigebahren, die zu weniger Beifang führt.

Ferner bemühte die Industrie einmal mehr das Argument mit den Arbeitsplätzen, welche durch die GFP-Reform angeblich gefährdet würden. Tatsache ist aber, dass weltweit die Hälfte der Fische von kleinen Booten gefangen wird, welche rund 95 Prozent aller in der Fischerei Beschäftigten Arbeit geben. Sogar in Europa sind immer noch zwei Drittel der Beschäftigten in der kleinen Fischerei tätig, und es sind vor allem ihre Arbeitsplätze, die durch die bisherige, einseitig auf die Industrie ausgerichtete GFP gefährdet werden. Die längst fällige Redimensionierung der industriellen Fischerei mit ihren gewaltigen Überkapazitäten würde also keine sozialen Probleme schaffen, sondern sie vielmehr entschärfen.

## **Streit um Rückwürfe, anderes bleibt im Dunkeln**

Auch der Rat will zwar den MSY künftig als feste Bezugsgrösse für das Fischereimanagement festlegen, doch das Rückwurfverbot will er nur schrittweise bis 2019 einführen und weiterhin Rückwürfe bis zu 7 Prozent der Fangmenge zulassen.<sup>19</sup> Das trägt ihm massive Kritik von Umweltverbänden<sup>20</sup> und aus dem EP<sup>21</sup> ein, derweil die Industrie Beifall klatscht<sup>22</sup>.

Während man sich nun über der Frage der Rückwürfe die Köpfe heissredet, gehen andere wichtige Punkte unter – zum Beispiel die vom Rat geplante Einführung individuell übertragbarer Fangquoten, welche Konzentration auf grosse Fischereien noch fördern wird.

Das wird drastisch deutlich, wenn wir das in der GFP-Reform bisher Erreichte gegen jene Massnahmen halten, die der Verein fair-fish 2009 zu Beginn der GFP-Reform als notwendig vorgeschlagen hatte, um zu einer wirklich nachhaltigen Fischereipolitik zu gelangen:

## **Die von fair-fish geforderten Massnahmen**<sup>23</sup>

### **1. Fischkonsum drosseln statt fördern**

Kein Akteur in der EU setzt beim Konsum an, weder Behörden noch Nichtregierungsorganisationen noch die Branche selbst. Die strengste vom EP ins Auge gefasste Massnahme ist die Einhaltung des höchsten Dauerertrags (MSY). Viel klüger wär's nach Rainer Froese allerdings, auf den höchsten ökonomischen Dauerertrag (MEY) zu setzen. Während der MSY die natürliche Grösse eines Fischbestands um etwa 50% reduziert, bliebe sie dank MEY bei etwa 65% (siehe fair-fish-info 40)<sup>24</sup>. Das deckt sich mit der Forderung kritischer Wissenschaftler und Umweltorganisationen, sich nicht am MSY zu orientieren, sondern an der sicher-

---

<sup>19</sup> [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/agricult/136284.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/agricult/136284.pdf)

<sup>20</sup> [www.ocean2012.eu/press\\_releases/101-eu-fisheries-ministers-fail-to-match](http://www.ocean2012.eu/press_releases/101-eu-fisheries-ministers-fail-to-match) und [blog.greenpeace.de/blog/2013/02/27/eu-minister-streiten-uber-fischereireform](http://blog.greenpeace.de/blog/2013/02/27/eu-minister-streiten-uber-fischereireform)

<sup>21</sup> [www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/5564](http://www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/5564)

<sup>22</sup> [www.seafoodsource.com/print.aspx?id=19717](http://www.seafoodsource.com/print.aspx?id=19717)

<sup>23</sup> [www.fair-fish.ch/wissen/politik/europa1.html](http://www.fair-fish.ch/wissen/politik/europa1.html)

<sup>24</sup> [www.fair-fish.ch/files/pdf/aktuell/info-40.pdf](http://www.fair-fish.ch/files/pdf/aktuell/info-40.pdf) (Seiten 2 und 3)

heitshalber grösser berechneten Biomasse eines Bestands (BMSY), welche den MSY gewährleistet.<sup>25</sup>

Schon beim EP vermissen wir entschiedene Massnahmen, wie sie Froese und Kollegen empfehlen: Reduktion der Befischung um mehr als 50% während wenigstens 4 bis 5 Jahren, damit sich die Bestände voll erholen können und dann bei nachhaltiger Befischung bis zu 60% mehr Fisch liefern würden. Es ist bemerkenswert, dass solch einfache ökonomische Tatsachen weder von den Fischern noch von den Umweltorganisationen ernst genommen werden.

## **2. Förderung der Aquakultur nur, wenn sie das Fischwohl gewährleistet und zugleich viel weniger Fisch verfüttert als gewinnt.**

Kein Akteur in der EU setzt sich entschieden für diese zwei Ziele ein. Die Folge: Es wird in Europa weiter Fisch gezüchtet, der mit Fischen gefüttert wird, die ein Mehrfaches seines Gewichts ausmachen. Ökologisch ist das nicht einmal, wenn es ein Biosiegel trägt, ethisch vertretbar schon gar nicht.

## **3. Europäische Schiffe fischen nur noch innerhalb der Gewässer der EU**

Kein Akteur in der EU verlangt diese Konsequenz; alle gehen davon aus, dass es normal ist, wenn EU-Fangschiffe vor den Küsten Westafrikas, Lateinamerikas usw. fischen. Dabei handelt es sich hier ausschliesslich um grosse Schiffe mit hohem Zerstörungspotential und wenig Arbeitsplätzen, die im Weltsüden Fischbestände plündern und viele lokale Arbeitsplätze vernichten.

## **4. Verbot der Befischung überfischter Bestände oder gefährdeter Arten**

Es wäre nichts als vernünftig, einen übernutzten Bestand solange nicht zu befischen, bis er sich erholt hat (siehe Punkt 1). Aber kein Akteur in der EU macht sich hierfür stark.

## **5. Verbot industrieller Fangmethoden wie Grundschleppnetze**

Es wäre gleichermassen nur vernünftig, Fangmethoden zu verbieten, welche viel Rückwurf verursachen oder den Meeresboden beeinträchtigen. Das EP hat bei der EU-Verordnung über die Tiefseefischerei<sup>26</sup> Schritte in diese Richtung eingeschlagen, aber der Rat blockt sie ab.

## **6. Förderung der EU nur noch an Betriebe, welche Mindestauflagen an Tierschutz und Nachhaltigkeit erfüllen**

Ebenfalls vernünftig wäre es, Subventionen in der Fischerei endlich an qualitative statt quantitative Bedingungen zu binden. Einzig einige Umweltorganisationen fordern dies; eine Umsetzung durch die EU ist nicht in Sicht.

## **7. Berücksichtigen, dass Fische leidensfähige Lebewesen sind und rücksichtsloser Umgang zu schlechter Qualität führt.**

Kein Akteur in der EU setzt sich für Tierschutz in der Fischerei ein, auch das EP ist weit entfernt von derartigen Forderungen.

## **8. Schaffung von untereinander vernetzten Meeresschutzzonen (MPA)**

Ausser einigen Umweltorganisationen verlangt niemand grossräumige MPAs in Europa. Man fragt sich, wie EP, Rat und Kommission sich denn eine Wiederherstellung all der schwer übernutzten Fischbestände vorstellen.

---

<sup>25</sup> Sidney Holt: MSY not ideal solution for fisheries management, [www.seafoodsource.com/newsarticledetail.aspx?id=20105](http://www.seafoodsource.com/newsarticledetail.aspx?id=20105)

<sup>26</sup> [www.fair-fish.ch/blog/archive/2013/03/24/tiefseefischerei.html](http://www.fair-fish.ch/blog/archive/2013/03/24/tiefseefischerei.html)